

Sächsische Volkszeitung

Anabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Interesse werden die Carlshofen Zeitstelle aber keine Namen mit 15 J. Bestanden mit 50 J. die Stelle besetzt, bei Überholungen entsprechende Abgabe.

Verlags- und Druckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Plöner Straße 43. — Telefon-Nr. 1366
Für Rückgabe unterlagst. Schriftstücke keine Verantwortlichkeit
Redaktion: — Druckerei: 11 — 12 Uhr.

Wird täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abgabe A. 1 M. Die Zeit in Wort und Bild. Vierteljährlich 2.10 M. In Dresden durch Boten 2.40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2.52 M.
Abgabe B. 1. Ohne illustrierte Beilage Viertel. 1.80 M. 3/4 Dresden d. Posten 2.10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2.22 M. — Einzel-Nr. 10 J. — Zeitungspreis. Nr. 0558.

DRESDEN - A.
Fräul. Pohler's Töchterpensionat.
VILLA ANGELIKA, Schnorrstraße 61.
Altrenommiert. Herrlicher Parkgarten. Tausende höchster erziehbare Vorteile. Erste Lehrkräfte für Sprachen, Wissenschaften, Musik, Malen usw. 4 Nationallehrerinnen u. H. Feingew. u. Kunst. Ausbildung. Vorzügliche Körperpflege; Bäder. Eigenes Feriendom auf Bergeshöhe; Pohler-Haus, Coschautz, nahe am Walde. Ansichtsprospekte & Vorsterhin. — Vorsterhin: Fräulein A. Pohler.

100 Millionen Mark Defizit.

Man schreibt uns unter dieser Überschrift aus Berlin: Der Leser erschreckt nicht, es handelt sich um kein Reichsdefizit, wie man es aus den letzten Jahren her gewohnt gewesen ist. Es ist das „reiche“ Preußen, das seinen neuen Etat mit einem solchen „Schönheitsfehler“ vorlegen muß. Aber vielleicht gerade deshalb ist die Zahl um so erschreckender; denn man war bisher gewohnt, von den hohen Ueberschüssen Preußens zu hören, von seinen hohen Reichsträgern und den vielen verstandenen Referenten; man sprach auch von der Theaurierungspolitik und anderem mehr. Und all das soll nun ein Spul sein? Wieviel hat sich um Preußens Finanzen hohe Verdienste erworben; sein Nachfolger von Rheinbaben hätte sorgfältig den hinterlassenen Staatsschatz. Aber jetzt bringt er das „Hundertmillionen-Defizit“ von einem Fehlbetrag. Und dies noch nach der letzten Steuerreform, die doch auch in Preußen einsetzte und alle möglichen direkten und indirekten Steuern erhöhte; man dachte ja eine Zeitlang an die Fahrtrabsteuer um. Bei der Einkommensteuer trat ein Zuschlag bis zu 25 Prozent ein. All das reicht nicht; das große Loch ist da.

Wie soll es zugestopft werden? Diese banale Frage liegt jedem preussischen Steuerzahler auf den Lippen und er denkt schon erschrocken an eine neue Schöpfung. Mag auch Herr von Rheinbaben an neue Steuern denken — er deutete dies sehr deutlich an — das Volk fordert ein anderes; es zieht die Steuerlast nun doch nachgerade als eine sehr hohe an und wünscht nur Ruhe, Ruhe auf diesem Gebiete. Man wird daher auch das Hauptaugenmerk auf andere Hilfsmittel lenken müssen und zunächst nach der Ursache des hohen Defizits zu fragen haben; dann kann man die Quellen verstopfen. Es ist für das Volk besser, Fehlbeträge zu vermeiden, als sie dann durch Steuern zu beseitigen.

Da scheint uns nun eine der markantesten Ursachen der Fehlbeträge zu sein das Verhältnis der Eisenbahneinnahmen zu den Staatseinnahmen. Die Eisenbahneinnahmen sind sehr schwach, geben oft recht hohe Ueberschüsse, aber auch in den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges viel kleinere. So lange nun die Ueberschüsse hoch sind, werden alle Reuenausgaben glatt bewilligt; denn das Geld ist da. Geht das Geschäftsleben zurück und sinken daher die Eisenbahneinnahmen, so sind die beschlossenen Mehrausgaben wohl da, aber kein Geld zu ihrer Deckung. So kommt man dann in die Defizitwirtschaft hinein. Daher sollte man sich entschließen, von der Eisenbahn nur eine Art feste Rente für die Staatskasse zu fordern, so daß der Ueberschuss jedes Jahr gleich hoch ist und die Schwankungen des Erwerbsebens den Etat nicht so sehr beeinflussen können. Werfen die Eisenbahnen in guten Jahren mehr ab, als diese feste Rente, so lege man den Mehrbetrag in einen Ausgleichsfonds, der in mageren Jahren den Fehlbetrag zu decken hat. Man sieht, daß das Verfahren des ägyptischen Josesb noch heute einen wesentlichen Teil der Finanzkunst bildet. Wenn so die Eisenbahn einen ganz bestimmten Zuschuß zu

der Staatsverwaltung beiträgt, läßt sich der Etat leicht in Ordnung halten und es tritt dann besonders nicht der unerfreuliche Zustand ein, daß die Fehlbeträge dann sich einstellen, wenn das Wirtschaftslieben sich der unteren Grenze nähert.

Den nächsten Anlaß zum Defizit gab die Aufbesserung der Beamtengehälter, die in Preußen über 150 Millionen Mark gefordert hat; diese Aufbesserung war geboten. In den Reichen der höheren Beamtenhöfheit fehlt es sehr am Geiste der Sparsamkeit. Jeder höhere Beamte hält sich in seinem Bereiche für einen kleinen König. Deshalb bant man den Kondräten und Eisenbahnpräsidenten Paläste, bei denen die Zinsen der Banknoten oft genug das ganze Gehalt des betreffenden Beamten übersteigen; deshalb verpachtet man die Jagden in den staatlichen Forsten nicht, damit die Herren Oberförster nicht um ihr Jagdvergnügen kommen; deshalb dürfen sich Beamte, die viel auf Reisen sind, Diäten berechnen, von denen sie nur den kleineren Teil wirklich auszugeben brauchen. Auf diesen und hundert anderen Wegen werden dem Staate Millionen über Millionen abgezockt, die dann die Steuerzahler wieder aufbringen müssen. In Preußen werden jedes Jahr über 34 Millionen Mark verrentet und in Reiche ist diese Summe noch höher.

Ein durchgreifendes Mittel ist endlich, daß der Steuerdefraudation ein Riegel vorgehoben wird und zwar der Defraudation in Stadt und Land. Wir sagen nicht, daß der Strafgrundbesitz etwa allein defraudiere, das Großkapital hat in dieser Richtung noch weniger pupilläre Sicherheit. Wenn die Hunderte von Millionen vor Einkommen und Vermögen, die in Preußen vorhanden sind, herangezogen werden, wird das Loch schnell zugestopft sein. Man kann die Klagen über die Steuerhinterziehung nicht so leicht abtun, denn in allen Volksteilen kommt dieses Uebel vor. Wir könnten darüber recht interessante Einzelheiten mitteilen; aber wir wollen nicht anklagen, sondern bessern. Die Veranlagungsbehörden müssen viel schärfer vorgehen. Solche Steuerbüreauen, die den Besitzenden „ausrechnen“, daß sie eigentlich gar keine Einnahmen haben, sollte man einfach verbieten, da sie dem Staatspöckel zuwiderlaufen und das Gesetz umgehen helfen. Wenn jeder Preuße richtig seine Steuern bezahlt, dann ist kein Fehlbetrag mehr vorhanden.

Politische Rundschau.

Dresden, den 12. Januar 1910.
— Die Thronrede im preussischen Landtage war in kurzen, knappen Sätzen gehalten und brachte wenig Neues; lediglich die Ankündigung, daß die Gemeindeverfassung für die Rheinlande geändert werden soll. Damit ist einem berechtigten Wunsch der Rheinprovinz Rechnung getragen worden. Wie die Reform im einzelnen aussehen wird, muß abgewartet werden. Die Wahlreformvorlage wurde nur mit zwei Sätzen erwähnt; die Vorarbeiten seien dem Abschluß nahe, in einigen Wochen werde die Vorlage dem Landtage zugehen. Das war alles. Nun kann das große Rätselraten losgehen.
— Im preussischen Herrenhause eröffnete Freiherr v. Manteuffel die Sitzung mit einem Hoch auf den Kaiser. Darauf wurde das bisherige Präsidium durch Zarum wiedergewählt. Nach der Wahl der Schriftführer vertagte sich das Haus sodann auf Mittwoch.
— Im preussischen Abgeordnetenhaus brachte Finanzminister v. Rheinbaben den Etat ein und begründete ihn in längerer Rede, nachdem Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg sich in zwei Sätzen dem Hause vorgestellt hatte mit der Hoffnung auf ein gedeihliches Zusammenwirken.

Der preussische Staatshaushaltsetat für 1910 bezieht die Einnahmen auf 3.837.412.663 M. und die Ausgaben im Ordinarium auf 3.723.019.542 M., im Extraordinarium auf 204.393.421 M., zusammen auf 3.927.412.963 M.; mithin sind die Ausgaben um 92 Millionen höher als die Einnahmen. Der Fehlbetrag wird durch Aufnahme einer Anleihe zu decken sein. Gegenüber dem Voranschlag für das laufende Etatsjahr weisen die Schlussnummern des preussischen Staatshaushaltsetats für 1910 eine Erhöhung um 102.058.278 M. auf. Die Verwaltung der direkten Steuern weist einen Mehrüberschuss von 59.398.609 M. auf. Die Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern bringt einen Ueberschuss von 6.390.430 M. Die Eisenbahnverwaltung weist zwar einen Minderüberschuss von 9.879.666 M. auf, der aber in einen Mehrüberschuss von 40.120.334 M. verandelt wird, wenn von den Mehrausgaben in Höhe von 92.190.666 M. die auf die Befoldungsverbesserung entfallenden Anteile von 50 Mill. Mark abgezogen werden. Die Verwaltung der öffentlichen Schuld erfordert eine Mehrausgabe von 23.695.515 Mark.

Zu der dem Reichstage zugegangenen Denkschrift betreffend die Verhältnisse im deutsch-südafrikanischen Diamantengebiet heißt es: Diamanten finden sich in der Tünenformation von Routh in bisher noch nicht bekannter Ausdehnung von der Gegend des Orange bis in die Nähe des südl. Die Diamanten lagern nur fluktuierend. Sie sind von guter regelmäßiger Beschaffenheit. Anfangs zeigten sie meist nur geringes Gewicht, doch haben sich in der Folgezeit die Funde schwerer Steine gemehrt. Eine größere Anzahl von Steinen bis zu zehn Karat und auch solche von 17 Karat sind gefunden worden. Das ganze Fundgebiet ist eine vegetations- und wasserlose Wüste, häufigen Sandverwehungen ausgesetzt und ohne Verkehrswege. Eine rationelle Förderung muß den größten Schwierigkeiten begegnen, soweit sich nicht die Felder in Bahnnähe befinden. Es steht heute bereits fest, daß die Diamantenförderung in rationaler Weise nur im Großbetriebe erfolgen kann. Gegenwärtig beträgt die Monatsförderung etwa 70.000 Karat mit einem Gesamtwerte von etwa zwei Millionen Mark, die der Diamantenmarkt bisher zu befriedigenden Preisen hat aufnehmen können.

Im preussischen Abgeordnetenhaus berührte Finanzminister von Rheinbaben in seiner Etatrede auch für die Frage der Schiffahrtsgelder und erklärte mit erhobener Stimme, daß Preußen die in dem Wassertrahengefetz niedergelegten Pläne mit aller Energie zu einem siegreichen Ende führen will unter Beistimmung aller Seemannsvereine.
— „Fragen Sie den Kreisinspektör.“ Der Regierungspräsident von Oppeln hat bestritten, daß er zu den Wehrern diese Worte gesprochen hat. Wie nun der Generalsekretär der „Germania“ mitteilt, hat der Herr Regierungspräsident etwa gesagt: „Wenn Sie nicht wissen, wen Sie wählen sollen, dann gehen Sie zu Ihrem Schulinspektör, und wenn der vernünftig ist, dann wird er es Ihnen sagen.“ oder nach einer anderen ähnlich lautenden Version: „Wenn Sie sich über die Endlage nicht klar waren, konnten Sie Ihren Kreisinspektör befragen, und wenn er vernünftig wäre, dann hätte er Ihnen gesagt, was Sie tun sollen.“ Der „Oberbefehl, nur.“ stellt in seiner Nr. 6 vom 9. Januar den Sachverhalt folgendermaßen dar:
„In seiner berühmten Äußerung der gemöglichten Lehrer bei dem Herrn Regierungspräsidenten zu Oppeln stellten die Lehrer ihre Schuld in Abrede. Die vor der Hauptwahl, die nicht den gewünschten liberal-nationalen Erfolg brachte, sich zurückhaltende Regierung hatte mit

Die „Petrus-Legende“.

Der Monistenbund, dessen Zweck die Bekämpfung des Christentums ist, hat als Sturmbuch den a. o. Professor der Philosophie an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, Dr. Arthur Drews, vorgeschickt. Der Mann hat sich mit seinem Nachwerk „Die Christusmysterien“ 1909 eine fürchterliche Blamage geholt. Einen anderen hätte das genügt und zur größeren Vorsicht genötigt. Herr Drews aber lobt unentwegt weiter und läßt soeben in dem famosen „Neuen Frankfurter Verlag“ eine Prosa über die Petrus-Legende, welche durch die Widmung an — Arthur Böthling, den Kulturkämpfer förmlichen Angedenkens, genügend charakterisiert ist. Wir müssen uns mit der Prosaure etwas näher befassen; denn sie enthält ja das Material, das demnachst in den Versammlungen des Monistenbundes in Deutschland herumgereicht werden wird. Herr Drews selbst ist ja bereits in Düsseldorf als Agitator mit seiner neuen Weisheit aufgetreten.

Der Inhalt der Prosa ist genügend gekennzeichnet durch ihren Untertitel: Ein Beitrag zur Mythologie des Christentums und befaßt kurz und bündig: Wie Christus eine mythische (sagenhafte) Persönlichkeit gewesen, so auch Petrus, d. h. der Petrus, welchem Christus nach kirchlicher Lehre die „Schlüssel des Himmelreichs“ übergeben hat, und als dessen Rechtsnachfolger in seiner Eigenschaft als erster Bischof von Rom das Papsttum der katholischen Kirche auftritt. Dieser Petrus hat nie gelebt, war auch nie

in Rom. Das alles ist Dichtung, Sage oder auch — Phantasie.
Der Ausgangspunkt dieser seltsamen Phantasien ist die Behauptung: Wenn irgend etwas über Jesus feststeht, so jedenfalls die Tatsache, daß diesem nichts ferner zulegen haben kann, als eine Gemeinde- oder kirchengründung im Sinne des römischen Katholizismus.“ (S. 7.) Woher weiß das Drews? Er macht geltend: Eine kirchengründung hätte für Jesus seinen Zweck gehabt, weil er an das nahe bevorstehende Weltende geglaubt! Dafür bleibt Drews den Beweis schuldig, wie er überhaupt dafür auch nicht das Mindeste beibringen kann. Stellen wir uns einmal auf den natürlich falschen Standpunkt, Christus habe als „Münd seiner Zeit“ gesprochen; ganz so wie der protestantische Theologe Bouhet meint. „Wir haben uns, auch wenn es uns schwer fällt, daran zu gewöhnen, wie sehr Christus in seiner Predigt ein Münd seiner Zeit, ein aktiver Sohn seines Volkes gewesen ist. Religion des Judentums im neuentamentarischen Zeitalter.“ 2. Auflage, S. 261.) Und jetzt fragen wir: in wie fern nach der Anbahnung seiner Umgebung, seiner Zeit und seines Volkes Christus das Kommen des Reiches Gottes, das ja den Hauptinhalt seiner Predigten ausmacht, als unmittelbar nahe bevorstehend betrachtet? Das Gegenteil ergibt sich aus der zeitgenössischen Literatur. Das unmittelbare bevorstehende Kommen des Reiches Gottes ist für diese Zeit etwas ganz Fremdes; Christus hätte etwas ganz Neues damit ausgesprochen! Selbst Bouhet muß ein paar Zeilen weiter selbst zugeben: „Daß der Glaube an ein unmittelbar bevorstehendes Weltende und Weltgericht seine eigentliche Kraft

und Bind im Judentume noch nicht entfaltet.“ Na also! Drews Behauptung widerspricht den Tatsachen. Sodann sollen die Worte über den Primat Petri im Widerspruch mit anderen Christenworten stehen, z. B. mit Matth. 18, 18: Was ihr auf Erden binden werdet usw. Wie da ein Widerspruch bestehen soll, ist unverständlich; oder bezieht Drews nicht, daß die Ausübung dieser Bind- und Lösegewalt sehr wohl vereinbar ist mit der Vorrangstellung Petri?
Ebenso greift Drews daneben, wenn er die Schriftstellen anführt: „Ihr wißt, daß die weltlichen Mächten berücken und die Ueberheeren Gewalt haben.“ So soll es nicht sein unter euch“ und „Ihr sollt euch nicht Richter nennen lassen.“ wer sich selbst erhöht, wird erniedrigt werden usw.“ Was haben diese Stellen mit der Frage der kirchengründung und dem Primat Petri zu tun? Ebenso gut könnte man daraus herauslesen, daß die Uebertragung eines irdischen Amtes, zumal jenes mit der Aufgabe: „Stärke meine Brüder“, „Weide meine Schafe“, bei dem jeweiligen Amtsinhaber kein Gefühl der Ueberhebung hervorgerufen soll, zumal es ja in derselben Ziele befaßt: „Der Größte soll euer Diener sein“, also ein „Dienster“ doch wohl darin anerkannt ist. Wenn also Herr Drews deflamiert: „Es ist nach den Gesetzen einer normalen Psychologie absolut unmöglich, daß jemand, der diese Worte gesprochen und seinen Jüngern eingeschärft hat, trotzdem einem einzigen von ihnen eine besondere Stellung über den übrigen sollte angewendet haben.“ (S. 8.) So läßt er den Hock durchaus neben das Loch.